

KRUNOSLAV STOJAKOVIĆ

SOZIALDEMOKRATISCHE ZUMUTUNGEN IN KROATIEN

VOR EU-BEITRITT 2013: AUCH NEUE REGIERUNG FÄHRT NEOLIBERALEN KURS

Nach den letztjährigen Parlamentswahlen und dem Sieg der sozialdemokratisch geführten «Kukuriku-Koalition» keimte kurzzeitig die Hoffnung auf, dass die bis dahin vorherrschende klientelistisch-neoliberale Ausrichtung der kroatischen Wirtschaftspolitik einer kritischen Überprüfung unterzogen und ein Kurswechsel erfolgen würde. Der Wahlkampf und die programmatischen Grundaussagen der sozialdemokratischen SDP ließen auf diese Möglichkeit schließen. Doch kaum an die Macht gelangt, entpuppte sich die neue Koalition als unwillig, den Pfad des neoliberalen Dogmas zu verlassen. Vielmehr erleben wir eine nahtlose Fortsetzung der bisherigen Politik, deren negative Konsequenzen auch weiterhin hauptsächlich von den ArbeiterInnen getragen werden müssen.

Wie es um Kroatien und seine sozialdemokratisch geführte Regierung unter Premier Zoran Milanović bestellt ist, davon zeugt ein Ende Juni in der auflagenstarken Zagreber Tageszeitung *Jutarnji list* [Morgenblatt] veröffentlichter Artikel des Regierungschefs. Darin geht der Premier seinen politisch-ökonomischen Träumereien nach und versucht die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass im Jahr 2015 – zum Ende seines Mandats – Kroatien ein südosteuropäisches Utopia sein wird: ein Land des Überflusses, der Prosperität, der Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit. Fast so, wie es sich einst Franjo Tuđman gewünscht hatte: eine Schweiz auf dem Balkan, nur sonniger und mediterraner.

Im Jahr 2015, so prophezeit der Premier, werde es in Kroatien eine «bessere und gerechtere Gesellschaft, eine Gesellschaft der Solidarität, der Gleichheit und des Fortschritts» geben. Doch Milanović bleibt nicht bei Allgemeinplätzen stehen, um nicht als platter Populist zu erscheinen. So verspricht er, dass die Wirtschaft im Jahre 2015 «konkurrenzfähig, auf Wissen und der Produktion neuer Werte begründet, ausfuhrorientiert und gleichzeitig gesellschaftlich und ökologisch verantwortungsvoll» sein werde. Dann werde – schließlich ist Milanović Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens – auch die Zeit gekommen sein, um denjenigen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, denen gegenwärtig «aufgrund der Krise» Rechte genommen werden müssten: den ArbeiterInnen (der Premier nennt das übrigens Rechte «suspendieren»). Das Ziel seiner Regierung sei eine Gesellschaft, «in der den Arbeitern ihre Würde zurückgegeben wird, in der alle auch einen Lohn für ihre Arbeit bekommen» (bei solchen Worten kann man schon erahnen, welche

Opfer die ArbeiterInnen in Kroatien derzeit erbringen müssen, um sich ins Jahr 2015 zu retten). Doch damit nicht genug. Darüber hinaus werde die kroatische Sozialdemokratie nichts weniger als eine historische Tat vollbringen: Sie wird bis 2015 den Grundwiderspruch des Kapitalismus, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, in Kroatien aufgehoben haben!¹ Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozesse in Europa kann sich die EU glücklich schätzen, so ist man aufgrund solcher Vollmundigkeit geneigt zu spotten, dass Kroatien bei seinem (wahrscheinlichen) EU-Beitritt am 1. Juli 2013 in seiner angekündigten Exportorientierung gleich diese historische Synthese als erstes Gastgeschenk mitbringen wird.

All dies erinnert eigentümlich an die Öffentlichkeitsarbeit autoritärer Präsidialregime, die sich via Massenmedien an ihre Untergebenen wenden, um ihnen eine strahlende Zukunft zu versprechen, die ganz anders ist als die triste, von sozialem und ökonomischem Niedergang geprägte Gegenwart. Damit ist der kroatische Premier allerdings nicht allein. Auch die Rhetorik der federführenden Strategen in der gegenwärtigen europäischen Systemkrise lebt von der Erzählung eines besseren Morgen, das sich einstellt, wenn man nur ausdauernd genug die Zumutungen des Heute erträgt. Was das bedeutet, davon können die Menschen in Griechenland derzeit Zeugnis ablegen. Dass die Medien sich an diesem Spiel beteiligen, ist nur ein weiterer Beleg für den allgemeinen intellektuellen und journalistischen Niedergang in Kroatien und in

1 Alle Zitate aus: Milanović, Zoran: Pravednija i bolja država, in: Jutarnji list, 22.6.2012.

der Region. Denn die skizzierten sozialdemokratischen Träumereien sind durch die realen Entwicklungen nicht nur nicht gedeckt, sie verlaufen in eine geradezu diametral entgegengesetzte Richtung, hin zu einem solchen Minimum an gesellschaftlicher Gerechtigkeit, das selbst für eine «sozialdemokratische Realpolitik» als Novum gelten dürfte.

DIE NEUE «KUKURIKU-KOALITION»

Bei den Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2011 wurde die rechtskonservative Regierung unter Premierministerin Jadranka Kosor von der sozialdemokratisch geführten «Kukuriku-Koalition» abgelöst. Ihren Namen erhielt die Koalition nach einem Restaurant in Istrien, in dem die Verständigung über eine Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer SDP, sozialliberaler HNS, der istrischen Regionalpartei IDS sowie der kroatischen Pensionärspartei HSU zustande kam. Unter großem medialen Tamtam präsentierte sich die neue Regierung als sozialer und wirtschaftlicher Erneuerer, unter anderem mit dem sogenannten Plan 21,² der – um Volksnähe zu simulieren – von interessierten BürgerInnen digital ergänzt werden konnte. Als Erstes aber machte man sich an eine Bestandsaufnahme der kroatischen Wirklichkeit. Was, so fragte man sich in der Koalition, hat uns die Vorgängerregierung hinterlassen. Der Befund der Koalitionäre war keine große Überraschung: Kroatien befindet sich am Rande des ökonomischen Bankrotts. Alle maßgeblichen ökonomischen Daten zeigten einen rasanten Niedergang der kroatischen Volkswirtschaft an – von einer überdurchschnittlichen Abnahme der industriellen Produktion seit 2008 (mit einem Höhepunkt von minus 15 Prozent im Jahr 2009) über den deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (2009 minus 6 Prozent) bis hin zu einer Arbeitslosenrate von gegenwärtig knapp 20 Prozent.³ Daraufhin gab es einen mehr oder weniger offen ausgesprochenen Konsens innerhalb der politisch-öffentlichen Meinung Kroatiens, den Welpenschutz für die Regierung auf 200 Tage zu verlängern. Diese Zeitspanne ist nun verstrichen, und so stellt sich die Frage, was die Regierung bislang unternommen hat, um die Probleme des Landes zu lösen – auch wenn der Premier und seine Minister gebetsmühlenartig einen weiteren Aufschub fordern, weil der von der Vorgängerregierung hinterlassene Zustand Kroatiens so katastrophal sei, dass man die notwendigen Maßnahmen und somit die Regierung frühestens in einem Jahr einer Bewertung unterziehen könne. Alles andere sei in Anbetracht der Herausforderungen «nicht fair».

Seit Ferdinand Lasalle wissen wir, dass das Schweigen gegenüber elementaren gesellschaftlichen Vorgängen reaktionär ist. Deshalb folgen wir an dieser Stelle nicht der Bitte des Premiers, sondern dem Rat Lassalles und sagen laut, was sozialdemokratische Wirklichkeit in Kroatien ist.

POLITISCHE TECHNOKRATIE ODER DER NIEDERGANG SELBSTSTÄNDIGEN DENKENS

Es ist erstaunlich, wie maßgebliche kroatische PolitikerInnen und Medien die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise wahrnehmen und wie sie ihr Land in diesem politökonomischen Gravitationsfeld verorten. Obwohl Kroatien laut Eurostat mit lediglich zwei Drittel des durchschnittlichen europäischen Bruttoinlandsprodukts bei seinem Beitritt 2013 zum viertärmsten Land der Europäischen Union avancieren wird, bleibt die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Regierung streng neoliberal.⁴ Und im Sinne der Vorgaben der europäischen Spardiktate soll über die Beschneidung der materiellen Basis der kroatischen Gesellschaft ein ausgeglichener

Haushalt hergestellt werden, um «nicht wie die Griechen zu enden», wie es der kroatische Premier unlängst in einem Interview für die Tageszeitung *Novi list* [Neues Blatt] ausdrückte. Dass die kroatische Bevölkerung aber schon längst Verarmungsprozessen ausgesetzt ist, die Jugendarbeitslosigkeit nur in Spanien und Griechenland ein höheres Niveau erreicht hat und die Privatunternehmen immer häufiger die Löhne nur mit deutlichem Verzug auszahlen, ist für die sozialdemokratische Regierung kein Anzeichen dafür, dass die Knebelung der eigenen Bevölkerung bereits griechische Ausmaße angenommen hat.

Es geht den kroatischen PolitikerInnen – nicht nur der regierenden «Kukuriku-Koalition» – um eine möglichst angepasste, die Vorgaben der Austeritätspolitik nicht hinterfragende Umsetzung des von der Europäischen Union Verlangten. Kaschiert werden diese Politiken durch einen auf Abruf instrumentalisierbaren Nationalismus, der vor allem der Bevölkerung weismachen soll, dass sich die politische Elite um ihr Wohl kümmert. Das zeigt sich etwa beim absurden Streit mit dem EU-Mitglied und Nachbarland Slowenien um dessen Zugang zu internationalen Gewässern in der Bucht von Piran [Piranski zaliv] oder bei der scheinheiligen Auseinandersetzung um nicht ausbezahlte Sparguthaben kroatischer Staatsbürger bei der zu Beginn der 1990er Jahre in die Insolvenz gegangenen slowenisch-jugoslawischen «Bank von Ljubljana» [Ljubljanska banka]. In beiden Fällen sollte der Eindruck erweckt werden, als engagiere sich der Staat für die Rechte seiner Bürger, natürlich ohne dabei in Gefahr zu geraten, tatsächlich politische Entscheidungen in diesen Fragen treffen zu müssen.

Dass die eingeleitete Austeritätspolitik kaum helfen wird, das fortschreitende Absinken der Industrieproduktion (7,1 Prozent im ersten Quartal 2012) und des Bruttosozialprodukts (1,3 Prozent im selben Zeitraum) zu stoppen sowie die Verarmung der Bevölkerungsmehrheit aufzufangen, ist in der «Doktrin des Möglichen» von Zoran Milanović nicht vorgesehen.⁵ Für die kroatische Sozialdemokratie, so hat es den Anschein, ist die Gesundung der Wirtschaft ausschließlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung denkbar. Dazu zählen nicht nur der klassische Weg einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von ohnehin üppigen 23 auf 25 Prozent, sondern auch eine ganze Reihe weiterer Sparmaßnahmen wie etwa die Kürzung der Zuschüsse zur Gesundheitsvorsorge, die Erhöhung der Energiepreise sowie der Versuch, die Beschäftigten des öffentlichen Sektors gegen die in der Privatwirtschaft auszuspielen, um Kürzungen in Höhe von zwei Milliarden Kuna (mehr als 260 Mio. Euro) im öffentlichen Dienst einzusparen.⁶

Der Sozialabbau im öffentlichen Dienst folgte einer speziellen Dramaturgie und hatte drei Akte: Nachdem die Unfähigkeit der kroatischen Privatwirtschaft, ihren Angestellten rechtzeitig die Löhne auszuzahlen, nicht mehr nur auf einzelne Betriebe begrenzt blieb, sondern zu einem allgemeinen Phänomen wurde, entschloss sich die Regierung im ersten Akt dazu, das (noch) regelmäßig ausbezahlte Gehalt im öf-

² Dazu ausführlicher Stojaković, Krunoslav: Kroatien wählt den Wandel. Analyse der Parlamentswahlen 2011, <http://www.rosalux.de/publication/38032/kroatien-waehlt-den-wandel.html>, aufgerufen am 21.9.2012. ³ Daten nach Državni Zavod za statistiku Republike Hrvatske: Statističke informacije 2012, <http://www.dzs.hr>. Vgl. ferner die Statistiken der Weltbank, <http://databank.worldbank.org> ⁴ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tec00114&plugin=1>, aufgerufen am 21.9.2012. ⁵ Zahlen nach: Bajto, Nikola: Proračun zdrav, građani siromašni, in: *Novosti*, 9.6.2012., <http://www.novosti.com/2012/06/proracun-zdrav-gradani-siromasni/>; Zitat nach: Milanović, Zoran, Znam da građani imaju sve manje strpljenja, in: *Novi list*, 14.6.2012. ⁶ Čulić, Marinko: Groblje Yu-država, in: *Novosti*, 4.8.2012, <http://www.novosti.com/2012/08/groblje-yu-drzava>, aufgerufen am 21.9.2012.

fentlichen Sektor medienwirksam zum moralischen Problem zu stilisieren. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollten, wenn schon nicht auf ihren Lohn verzichten, so doch zumindest spürbare Einbußen hinnehmen. Als sich die Entsolidarisierung der abhängig Beschäftigten nicht herstellen ließ – auch aufgrund einer (erstmalig seit 1990) konsequenten Haltung der kroatischen Gewerkschaften –, beschloss die Regierungsmehrheit im kroatischen Parlament (zweiter Akt) das oben genannte Kürzungspaket in Höhe von zwei Milliarden Kuna, ohne dabei die Gewerkschaften als Tarifpartner in die Gespräche mit einzubeziehen. Der dritte Akt besteht nun im Bestreben, den gültigen kollektiven Tarifvertrag für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten aufzuheben und neu zu verhandeln, um für die bereits beschlossenen Kürzungen nachträglich eine rechtliche Basis zu schaffen.

Am liebsten würde die «Kukuriku-Koalition» überhaupt das Recht auf kollektive Flächentarifverträge durch eine Änderung des geltenden Arbeitsgesetzes begrenzen. In der Opposition hatte sich aber gerade die sozialdemokratische Partei unter ihrem Oppositionsführer Zoran Milanović vehement für dieses Arbeitsrecht stark gemacht, indem sie auf die Notwendigkeit einer starken Arbeitnehmerposition in Tarifverhandlungen hinwies. Als Regierungspartei scheint die SDP daran weniger Interesse zu haben.

Auch auf einem anderen Gebiet zeigt sich die neue Regierung als wenig hilfreich. 2011 waren mehr als 36 Prozent der bis 24-jährigen arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit, das ist der dritthöchste Prozentsatz in Europa. Um nun die immens hohen Zahlen zu senken, plant die «Kukuriku-Koalition» eine Bereinigung der Arbeitslosenstatistik, indem Jugendliche vermehrt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Form von Praktika und Volontärstellen gezwungen werden – für ein Salär von 1600 Kuna (ca. 200 Euro). Auf dem Arbeitsmarkt tauchen sie in dieser Zeit nicht mehr auf. Obwohl die akademische Jugend Kroatiens seit mehr als drei Jahren gegen die katastrophale Bildungs- und Beschäftigungspolitik im Land protestiert, haben sich weder konservative noch sozialdemokratische Koalitionen davon abhalten lassen, Kroatien nach streng neoliberalen Grundsätzen weiter umzubauen.

Kritische Stimmen gegenüber dem eingeschlagenen Regierungskurs werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften in Kroatien sind ideologisch fest auf die Lehren des liberalen Kapitalismus eingeschworen. Zu den wenigen renommierten Analysten, die sich kritisch mit dem Mainstream auseinandersetzen, zählt der Journalist Marinko Čulić. Für ihn vollzieht die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Premier Milanović eine Sparpolitik im vorausweisendem Gehorsam gegenüber den EU-Institutionen, ohne jegliche kritische Selbstreflexion. Čulić' Fazit lautet: «Nur Kroatien hat sich der Europäischen Rekrutierungskommission als Kader angeboten, der bereit ist, alles zu erfüllen, was verlangt wird.»⁷

Die durchaus gegebene Möglichkeit, sich ideologiekritisch mit dem Dogma der neoliberalen Austeritätspolitik zu beschäftigen, gehört jedoch offensichtlich nicht zur «Doktrin des Möglichen», denn möglich, so scheint es, ist für die kroatische Regierung (ebenso wie für die Opposition) einzig und allein die Vorenthaltung auch der letzten sozialstaatlichen Leistungen.⁸ Das Demokratieversprechen, das den BürgerInnen in Kroatien und im übrigen ehemaligen Jugoslawien gegeben worden ist, entpuppt sich nicht erst in der gegenwärtigen Krise (jetzt aber unverhohlener) als ideologischer Trick. Das Entstehen für Sozialstaatlichkeit und mehr noch die

kritische Bewertung der kapitalistischen Transformation seit 1990 mit allen damit einhergehenden Enteignungen ehemals gesellschaftlichen Eigentums werden von den VertreterInnen der hegemonialen liberalkapitalistischen Eliten als Ausdruck eines defizitären Demokratieverständnisses abgelehnt.⁹

FÜR EINE SOZIALISTISCHE PERSPEKTIVE EUROPAS

Eine kritische Analyse sowohl der sozioökonomischen als auch der politischen Situation kommt nicht umhin, das politische System des gegenwärtigen Parlamentarismus auf seine Demokratietauglichkeit hin zu hinterfragen. Seitdem in Italien ein technokratisches Regime installiert worden ist und auch die griechischen Sozialdemokraten nach den letzten Wahlen auf die Entsendung eigener Minister in die neue Regierung zugunsten von erkorenen, aber nicht demokratisch gewählten «Spezialisten» verzichtet haben, drängt sich die Frage auf, mit welcher Form des parlamentarischen Systems wir es hier zu tun haben. Der französische Philosoph Alain Badiou hat den Begriff des «Kapital-Parlamentarismus» in die Debatte eingebracht, um die maßgebliche und faktische Machtverteilung innerhalb der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie(n) zu beschreiben.¹⁰

Im Kukuriku-Kroatien gibt es eine ähnliche Deformation der Demokratie: Einerseits ist die Entscheidungsautonomie der kroatischen politischen Klasse selbst eine Karikatur, andererseits hebt dieselbe politische Klasse jegliche demokratische Regung innerhalb der Bevölkerung aus, indem sie auf die ideologische Notwendigkeit der Außerkraftsetzung demokratischer und ökonomischer Teilhaberechte verweist. «Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung» – dies sind die Zutaten, derer sich der herrschende «neoliberale Machtblock» bedient, um die europäische Peripherie im Südosten, zu der nicht nur Kroatien, sondern auch das bisherige Musterlände Slowenien, die beiden EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien sowie Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Makedonien gehören, geradewegs in eine allgemeine gesellschaftliche Depression und eine lang anhaltende Abhängigkeit zu führen.¹¹

Der ehemalige Studentenaktivist und renommierte (Mit-)Herausgeber der *New Left Review*, Tariq Ali, hat sich unlängst auf dem Zagreber «Subversive Festival» im Mai dieses Jahres als Befürworter einer «Balkanföderation» geoutet. Seiner Ansicht nach sei dies die einzige Möglichkeit, dass sich die Balkanstaaten gegen die Vormachtstellung der westlichen Großökonomien durchsetzen können. «Es lohnt sich darüber nachzudenken», so schreibt er in der Begleitpublikation zum Festival, «um den engen Rahmen des Nationalismus zu durchbrechen, der diese Länder ruiniert hat, und um die bürokratische Okkupation abzuschütteln.»¹² Ob

7 Čulić, Marinko: Konzensus ni o čemu, in: *Novosti*, 24.6.2012, <http://www.novosti.com/2012/06/konzensus-ni-o-cemu/>, aufgerufen am 21.9.2012. 8 Vgl. dazu den mahnenenden Aufsatz von Hicel, Rudolf: Euroland bald abgebrannt? Die Währungsunion am Scheideweg, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2012, S. 53–62, hier v.a. S. 56 f. 9 Vgl. dazu Čurković, Stipe: Tranzicija i solidarnost, in: *jugolink* 1, 2011, H. 1, S. 10–18, http://jugolink.files.wordpress.com/2011/11/jl_1_1_curkovic.pdf, aufgerufen am 21.9.2012. 10 <http://www.taz.de/125704/>, aufgerufen am 21.9.2012. 11 Vgl. dazu als Einordnung Candeias, Mario: Hello ..., does anybody rule? Die (Un-)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen, in: Demirović, Alex/Kaindl, Christina (Hrsg.): *Gegen den Neoliberalismus andenken. Linke Wissenspolitik und sozialistische Perspektiven*, Hamburg 2012, S. 82–100, hier v. a. S. 87 ff. 12 Ali, Tariq: Neoliberalizam i države protektorati na postjugoslavenskom Balkanu, in: *up8underground* 21/22, 2012, S. 7–15, http://www.up8underground.com/wp-content/uploads/2012/06/up_underground_21-22_2012_ali_tariq.pdf, aufgerufen am 21.9.2012. Die Audio- und Videomitschnitte seiner Rede auf dem Subversive-Festival sind abrufbar über www.rosalux.de/news/38447.

eine solche Konkurrenzveranstaltung der armen südosteuropäischen Peripherie zur EU tatsächlich einen Fortschritt in dieser Region darstellen würde, sei ebenso dahingestellt wie die Frage, welche Konzeption hinter einer Balkanföderation stehen sollte und mit welchem politischen Personal dieses Projekt gegenwärtig überhaupt umgesetzt werden könnte.

Weitaus interessanter ist die Frage, wie die Dominanz der westlichen Großökonomien im Rahmen einer schon bestehenden Föderation namens Europäische Union gebrochen werden kann, damit diese ihrem eigentlichen Sinn nachkommt, nämlich die Menschen in Europa zu verbinden und nicht lediglich Handlanger des europäischen Kapitals zu sein. Die EU-Skepsis, auch unter der politischen Linken, ist durchaus weit verbreitet und entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung. Die gegenwärtige, als «autoritärer Wettbewerbsetatismus» zu bezeichnende europäische Krisenpolitik unter Führung der exportorientierten Staaten unterminiert das Projekt Europa zumindest von zwei Seiten. Zum einen sind die Menschen in Europa einem verstärkten Nationalismus ausgesetzt, der eine nationale Kosten-Nutzen-Rechnung aufmacht.¹³ Dabei wird bewusst verschwiegen, dass sowohl die negativen als auch die positiven Effekte der EU den nationalstaatlichen Rahmen schon verlassen haben: «Längst sind die Kapitalbewegungen europäisiert, sprengt die Gewinner-Verlierer-Dimension jeden nationalen Rahmen. Was wir daher bräuchten», kommentierte unlängst Albert von Lucke in den *Blättern*, «sind europaweite Vermögens- und Kapitalabgaben, mit denen die Profiteure der Boom-Jahre in konzertierter Aktion zur Kasse gebeten werden – von Nord bis Süd, von Berlin bis Athen.»¹⁴

Die finanzmarktdominierte Ausrichtung der gegenwärtigen Europapolitik führt aber nicht nur zu einer Renationalisierung Europas, sie unterhöhlt auch den demokratischen Entscheidungsprozess, sowohl politisch als auch ökonomisch. Nicht nur agiert die Exekutive immer ungenierter an demokratisch legitimierten Kontrollinstanzen und Parlamenten vorbei, auch die Repression gegen den sich organisierenden Widerstand nimmt stetig zu. Die grundgesetzwidrigen Aktionen gegen die Organisatoren von Blockupy in Frankfurt/Main sind ein Beispiel, die Aussage des spanischen Innenministers Jorge Fernández Díaz, man brauche «ein System, das den Demonstranten Angst macht» (womit er eine Änderung des spanischen Streikrechts rechtfertigte), sind ein anderes.¹⁵

Eine linke Europapolitik muss sich offensiv mit den angeführten Tendenzen auseinandersetzen, ohne dabei die Idee Europas aufzugeben oder zu verwischen. Der Mangel an Solidarität und politischem Willen, der aus den Worten des kroatischen Premierministers sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch gegenüber der am Existenzminimum lebenden Bevölkerung Griechenlands spricht, sollte Anlass genug sein, sich auf europäischer Ebene gegen die demokratiefeindliche Austeritäts- und Renationalisierungspolitik zu wenden, um gemeinsame linkssozialistische Perspektiven für das Projekt «Vereinigte Staaten von Europa» zu eröffnen. Dieses Projekt wird nicht mit den herrschenden Machtblöcken realisierbar sein, ebenso wenig wie mit dem Vertrauen auf eine sozialdemokratische Wende. Stattdessen bedarf es einer doppelten Strategie der Linken, um in der gegenwärtigen Krise eine eigenständige, progressive und emanzipatorische Perspektive auf Europa zu eröffnen. Das Desinteresse des kroatischen Premiers an Möglichkeiten jenseits seines vollkommen entpolitisierten Gesellschaftsverständnisses bedeutet nämlich nicht, dass es in Kroatien (oder in der Regi-

on) keine linken Alternativen gäbe. Es macht vielmehr deutlich, wie notwendig es ist, dass sich die Linke organisiert, um ihre politischen Inhalte auf die Agenda der Tagespolitik bringen zu können. Zudem ist es notwendig, dem Beispiel Syriza in Griechenland folgend, dass sich die organisierte Linke mit den sozialen Basisbewegungen solidarisiert, um ihre gemeinsamen Interessen zu artikulieren – auf der Straße, aber auch in den nationalen und europäischen Parlamenten. Auf dem diesjährigen «Subversive Forum» in Zagreb fand die konstituierende Sitzung des «Balkan Social Forums» statt – mit über 15 Basisorganisationen aus der gesamten Region, vom Vardar bis zum Triglav, von Sofia bis Athen.

Mit dieser doppelten Strategie – Organisation und Vernetzung – muss die Linke das politische Feld repolitisieren, um ihre Vision eines demokratischen und sozialen Europa durchzusetzen. Einen ersten bedenkenswerten Schritt hin zum «Wie» und «Was» hat die Redaktion des *prager frühling* unternommen, indem sie in knappen Thesen die Minimalziele einer linken Europapolitik formuliert hat: Einrichtung eines europäischen Streikfonds, Stärkung und Verrechtlichung der europäischen Sozialcharta, Einführung einer EU-Krankenversicherung, Ausbau der Selbstverwaltungsstrukturen (sowohl innerhalb der Unternehmen als auch auf der regionalen und kommunalen Ebene) und, last but not least, die Europäisierung linker Politik durch eine tatsächliche Europäische Linke.¹⁶

Die sinnentleerte Rhetorik des kroatischen Premierministers, im Jahre 2015 den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben und Kroatien zu einem sozialdemokratischen Utopia gemacht zu haben, wird wohl in Variationen bis zum Ende seines Mandats wiederholt zu hören sein, nur werden die ihrer Rechte beraubten ArbeiterInnen in Kroatien vergebens auf die Aufhebung der «zeitlichen Suspension» ihre Rechte warten. Sie sollten deshalb «fair» gegenüber ihrem Premierminister sein und ihn und seine Regierung spätestens 2015 zeitlich unbegrenzt von der Regierungsverantwortung suspendieren.

Krunoslav Stojaković, Studium der Geschichtswissenschaften, Politologie und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum. Derzeit Doktorand an der Universität Bielefeld und Projektmanager im Referat Osteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

¹³ Vgl. dazu Hickel: Euroland. ¹⁴ Lucke, Albert von: Die Politisierung Europas, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2012, S. 5–9, hier v. a. S. 7. ¹⁵ Zitiert nach: Oberndorfer, Lukas: Ein System, das den Menschen Angst macht. Der autoritäre Wettbewerbsetatismus als Bearbeitung der Krise, in: *prager frühling* 13/2012, S. 6–8, hier S. 6. ¹⁶ Sozialpakt statt Fiskalpakt. Thesen der prager-frühling-Redaktion zur Krise, in: *prager frühling* 13/2012, S. 10–13.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-130 · Fax -122
heine@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: September 2012
Lektorat: Text-Arbeit, Berlin
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling